

└ Programm für den Kreistag 2009 bis 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Umwelt und Klima schützen – nachhaltig planen und wirtschaften.....	1
Klimawandel abschwächen.....	1
Energieversorgung umstellen!	1
Energieeffizienz steigern und dezentrale Energieerzeugung fördern.....	1
Windenergie nicht ausklammern.....	1
Hochwasserschutz nicht auf die lange Bank schieben	2
Tourismus fördern.....	2
Lärmschutz verbessern.....	2
Radwegenetz ausbauen.....	2
Radwege auch für den Alltagsradverkehr	2
Hunsrückbahn auch für Nahverkehr nutzen.....	2
Draisinenstrecke.....	2
Nahverkehrsplanung.....	3
Grundsätzliche Ziele.....	3
Ausbau der Bahnhöfe.....	3
Kreisstraßenbau unterhalten.....	3
Landesbetrieb Mobilität	3
Wirtschaftspolitik	3
2. Demografischer Wandel im Hinterkopf	4
Flächenverbrauch verringern.....	4
Leerstand erfassen.....	4
Infrastruktur in Dörfern erhalten	4
Arbeitsplätze vor Ort sichern.....	4
Menschenwürdige Pflege wohnortnah gestalten	4
Einrichtungen für Kinder und Jugendliche erhalten	4
3. Sozial- und Schulpolitik – Der Mensch steht im Mittelpunkt.....	5
Psychiatriebeirat.....	5
Arbeitslosigkeit verringern.....	5
ARGE erneuern.....	5
Ehrenamtspolitik (Freiwilligendienste).....	5
Integrationsbeauftragte	5
Schulpolitik mit Abschluss	5
Integrieren statt selektieren!.....	6
Kinderschutz.....	6
Jugendarbeit als außerschulische Bildungsarbeit erhalten und fördern.....	6
Kindertagesstätten zu Häusern für Kinder ausbauen.....	6
Sportförderung wirkt positiv.....	6
Menschen mit Behinderung.....	6
Eckpunkte der Integrationspolitik.....	7
Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verlieren.....	7

1. Umwelt und Klima schützen – nachhaltig planen und wirtschaften

Vorwort

Unsere Umwelt bestimmt unsere Lebensqualität. Lärmschutz, reine Luft, ansprechende Naherholungsflächen und sauberes Trinkwasser sind für uns einige wichtige Faktoren für eine gesunde und lebensfreundliche Umwelt. Ebenso ist das Leitbild einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung für uns unverzichtbar für das Leben und Wirtschaften im Landkreis Bad Kreuznach.

Für die Zukunftsfähigkeit des Landkreises wollen wir jede politische Entscheidung hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen und ihrer Folgen für Umwelt- und Sozialverträglichkeit prüfen.

Angesichts der zunehmenden Erderwärmung und des Klimawandels sind Klimaschutz und nachhaltige Politik die wichtigsten politischen Herausforderungen – gerade auch auf kommunaler Ebene. Wir stehen für eine Politik der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen, denn wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Unsere Politik steht unter der Maxime der Lokalen Agenda: Global denken – lokal handeln.

Klimawandel abschwächen

Der Klimawandel wird in den nächsten Jahren die Politik auf allen Ebenen berühren und beschäftigen. Es wird aus unserer Sicht erforderlich, neben Strategien zur Abschwächung des Klimawandels auch Anpassungsmaßnahmen in verschiedenen Bereichen der Kommunalpolitik zu ergreifen. Vorrangig wollen wir in den kommenden Jahren den Schadstoffausstoß des Verkehrs und von Heizungsanlagen weiter drastisch reduzieren. Dies wird nicht nur mit neuester Technik erreicht, sondern auch durch energie sparende Sanierungen und moderne Verkehrsplanung.

Energieversorgung umstellen!

Die Energieversorgung der öffentlichen Gebäude ist weiter auf umweltfreundliche Energien umzustellen. Dies betrifft insbesondere die Versorgung mit Strom, die meist noch über konventionelle Quellen erfolgt. Die Einführung von Holzhackschnitzelheizung an manchen Schulen ist übrigens auch auf Initiativen oder Anregungen der Grünen zurückzuführen und führt schon jetzt zu deutlichen Einsparungen der Energiekosten.

Energieeffizienz steigern und dezentrale Energieerzeugung fördern

Für Privathaushalte ist ein Beratungsangebot zu schaffen, das auf Wärmedämmung und auf den Einsatz von solaren Energien und Holz ausgerichtet ist. Rüsten mehr Haushalte um, werden Arbeitsplätze im Handwerk (Gewerke: Heizung, Sanitär, Elektro, Dachdecker, Gerüstbau, Baugewerbe und andere.) gesichert und geschaffen. Erste Schritte zur gezielten Ermittlung von Dachflächen, die für Photovoltaik und Solarwärmegewinnung geeignet sind, haben die Grünen bereits vor einigen Jahren beantragt.

An Schulen und in öffentlichen Verwaltungen ist eine größere Sensibilität zum Umgang mit Energie erforderlich. Noch immer geht viel Energie ungenutzt verloren, weil Räume und Gebäude nicht bedarfsgerecht geheizt und/oder gelüftet werden. Durch eine Sensibilisierungsinitiative für die Nutzer der Gebäude kann dem begegnet werden.

Das auf Anregung der Grünen vor Jahren eingeführte Energiecontrolling hat bereits zu interessanten Ergebnissen geführt, die eine Beurteilung der notwendigen energetischen Sanierung von Schulgebäuden ermöglichen.

Windenergie nicht ausklammern

Für die Nutzung der Windenergie als eine der effektivsten Form der Energiegewinnung sind geeignete Standorte regionalplanerisch auszuweisen. Dabei sind die Interessen der Gemeinden, der Schutz des Landschaftsbildes sowie des Artenschutzes zu beachten und abzuwägen. Besonders windhöfiche Flächen sollen prioritär genutzt und bestehende Anlagen, wenn möglich, auf größere Leistung ausgelegt werden.

Hochwasserschutz nicht auf die lange Bank schieben

Der Klimawandel wird zu mehr Starkregenereignissen führen. Deshalb sind Maßnahmen zum Hochwasserschutz vorrangig anzugehen und dürfen nicht, wie zum Beispiel am Appelbach, jahrelang verschoben werden. Die Grünen hatten mehrfach ein Vorziehen der dortigen Hochwasserschutzmaßnahmen beantragt. Der naturnahe Gewässer Ausbau und die Freihaltung von Bachauen von Bebauung und von landwirtschaftlicher Intensivnutzung werden von uns ebenso angestrebt wie Renaturierungsmaßnahmen an Gewässerläufen. Eine weitere Flächenversiegelung durch die Ausweisung von großflächigen Bau-, Industrie- und Gewerbegebieten, die die Versickerung von Regenwasser beeinträchtigt, muss verhindert werden.

Tourismus fördern

Der Tourismus in der Naheregion muss weiterhin beworben und durch geeignete Maßnahmen im Hinblick auf Kur-, Wellness- und Weinerlebnisangebote belebt werden. Dazu gehören zum Beispiel die Unterstützung und Bekanntmachung des Naturparks Soonwald-Nahe und dessen Potenziale, die Ausweisung von Wohnmobilstellplätzen insbesondere in Weinbaugemeinden, sowie die bessere Ausschilderung und Vernetzung von Radwegen und Wanderwegen vor Ort (nicht nur der Premium-Wanderwege). Zahlreiche Wanderwege im Raum Kirn, Bad Sobernheim, Stromberg, die insbesondere für den Tourismus von Bedeutung sind, aber auch von Naherholungssuchenden genutzt werden, sind unzureichend gekennzeichnet.

Lärmschutz verbessern

Bei bestimmten Wetterlagen ist eine Zunahme der Fluglärmbelastung in vielen Orten im Kreis zu beobachten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Belastung für die Bürgerinnen und Bürger geringer wird. Nachtflugverbot in Frankfurt, Verringerung der Anflugkorridore für die benachbarten Flughäfen und Einhaltung der Anflughöhen sind für uns unabdingbar.

Radwegenetz ausbauen

Das Radwegenetz ist weiter auszubauen. Auf die Anbindung des Nahe-Radweges an die Radwege entlang der Nebenflüsse der Nahe (Appelbach, Alzens, Ellerbach, Gräfenbach, Guldenbach, Simmerbach, Glan, Hahnenbach u.a.) wollen wir besonders achten.

Radwege auch für den Alltagsradverkehr

Bei allen Straßenbaumaßnahmen dürfen die Interessen der Alltagsradfahrer nicht auf der Strecke bleiben. Auch für sie müssen geeignete Verbindungen an den notwendigen Stellen geschaffen werden.

Hunsrückbahn auch für Nahverkehr nutzen

Eine reaktivierte Hunsrückbahn soll nach unserer Meinung nicht nur als Zubringer für den subventionierten Flugverkehr auf den Flugplatz Hahn dienen. Sie muss auch für den Schülerverkehr und für die Anbindung der Ortschaften im Guldenbachtal an die Nahe- und Rhein-Main-Region nutzbar sein. Hierdurch ist auch eine verbesserte touristische Erschließung von Stromberg und der Weinbaugemeinden möglich.

Auf einen weitgehenden Lärmschutz der Bürgerinnen und Bürgern in den Ortschaften entlang der Strecke ist ebenso zu achten wie auf einen barrierefreien Zugang zu den Bahnhöfen. Ebenso müssen moderne, lärmarme Fahrzeuge auf der Hunsrückbahnstrecke zum Einsatz kommen.

Draisinenstrecke

Die unter maßgeblicher Beteiligung der Grünen zustande gekommene Draisinenstrecke im Glantal ist leider vom Landrat an den Landkreis Kusel übertragen worden. Trotzdem sollte der Landkreis Bad Kreuznach die Strecke weiterhin als Touristenmagnet unterstützen. Der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs in Staudernheim sowie der barrierefreie Zugang zu den Draisinen in Staudernheim werden von uns nachdrücklich unterstützt. Auf barrierefreie Zugänge zu den Bahnhöfen und Haltestellen entlang der weiteren Strecke ist hinzuwirken.

Nahverkehrsplanung

Grundsätzliche Ziele

Funktionalität und Lebensqualität zu verbinden ist Ziel Grüner Verkehrspolitik. Wir wollen Mobilität gewährleisten mit möglichst umweltverträglichem Verkehr und die Barrierefreiheit bei Mobilitätsangeboten verbessern. Dies kommt Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Kinderwagen und Älteren zugute.

Die Nahverkehrsplanung muss die Mobilität von Jung und Alt in den Ortschaften sicherstellen. Dabei sind Maßnahmen, die den Komfort der ÖPNV-Nutzer verbessern, durchaus umsetzbar. Dies beginnt beim Witterungsschutz an den Haltestellen, geht über den Einsatz vernünftiger Fahrzeuge und mündet bei der Preisgestaltung und dem Fahrkartenkauf. Vorschläge zur Verbesserung des Nahverkehrs hat die Kreistagsfraktion in einer Stellungnahme zum Nahverkehrsplan unterbreitet.

Dem weiteren Abbau von Serviceleistungen der Deutschen Bahn muss mit mehr Serviceangeboten beim RNN begegnet werden.

Ausbau der Bahnhöfe

Nicht nur der marode und abschreckend wirkende Bahnhof in Bad Kreuznach bedarf einer Sanierung und einer barrierefreien Gestaltung. Zahlreiche andere Haltepunkte im Kreis sind nicht in einem besseren Zustand. Eine Belebung der Nahverkehrsnutzung ist nur durch ansprechende und zweckdienliche Gestaltung der Halte- und Umsteigepunkte möglich.

Kreisstraßenbau unterhalten

Neue Kreisstraßen sind aufgrund des demografischen Wandels und steigender Energiekosten nicht erforderlich. Bestehende Kreisstraßen müssen unterhalten und bei Bedarf geänderten Verkehrsströmen angepasst werden.

Landesbetrieb Mobilität

Wir setzen uns dafür ein, dass der Landesbetrieb Mobilität den Gehölzschnitt bei Straßenunterhaltungsarbeiten zur Energiegewinnung nutzbar macht. Anfragen hierzu haben wir im Kreistag eingebracht.

Wirtschaftspolitik

Das Ziel GRÜNER Wirtschaftspolitik ist, Dienstleistung, Handwerk, Handel, Logistik und Industrie zu einer bestmöglichen, sich gegenseitig fördernden sowie umweltverträglichen und nachhaltigen Entwicklung zu bringen. Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Vermarktungsstrukturen zur Stärkung örtlicher Wirtschaftskraft und zugunsten kurzer umweltfreundlicher Transportwege sind uns seit langem ein wichtiges Anliegen.

In Anbetracht der nicht bzw. nicht mehr genutzten Gewerbeflächen muss es für den Landkreis zunächst einmal heißen, dass vorhandene Gewerbegebiete genutzt werden, bevor neue ausgewiesen werden. Der Flächenverzehr durch neue Gewerbegebiete auf der grünen Wiese ist derzeit nicht nur ökologisch problematisch, sondern auch wirtschaftlich schwer begründbar.

Der Landkreis Bad Kreuznach kann aus unserer Sicht seine Werbe- und Beratungsangebote („Milder Westen“) zur Ansiedlung weiterer Unternehmen oder bei Expansion bestehender Betriebe noch ausbauen.

Ehemalige militärische Liegenschaften sollen als Standorte für Gewerbe und für Energiegewinnung herangezogen werden. Deshalb unterstützen wir die Konversionsbemühungen in Bad Kreuznach, in Bad Sobernheim und am ehemaligen Flugplatz Pferdsfeld. Dabei sind jedoch ökologische Aspekte, wie die energetische Sanierung von Gebäuden, die dezentrale Energiegewinnung unter Nutzung der Solarenergie und von erneuerbaren Quellen stärker zu berücksichtigen.

2. Demografischer Wandel im Hinterkopf

Der Demographische Wandel wird die Bevölkerungsstruktur im Landkreis Bad Kreuznach verändern. Wir GRÜNE begreifen die damit einhergehenden kommunalpolitischen Herausforderungen als Chance, den Landkreis generationengerechter und vielfältiger zu gestalten. Wegen der günstigen Lage am Rande des Rhein-Main-Gebietes gilt es, jungen Menschen und jungen Familien ein attraktives Angebot zu machen. Dazu gehören preiswerter Wohnraum ebenso wie eine hohe Lebensqualität durch Freizeitangebote, ein attraktives Wohnumfeld und qualitative Infrastruktureinrichtungen.

Die Abnahme der Bevölkerung des Landkreises und die Änderungen in der Zusammensetzung stellt die Politik vor große Herausforderungen. Der Leerstand an Wohnraum wird zunehmen, die Nachfrage nach Infrastruktureinrichtungen (Kindergärten, Schulen, Altenpflegeangebote, Einzelhandel und ÖPNV) wird sich verändern. Die sozialen Fragestellungen werden sich verändern. Was Familienstrukturen nicht mehr leisten können, muss durch neue öffentliche Strukturen und eine Stärkung der Nachbarschaftshilfe aufgefangen werden. Hierauf muss sich auch die kommunale Finanzpolitik einstellen.

Flächenverbrauch verringern

Wir wollen den Flächenverbrauch verringern durch Flächenrecycling und durch eine maßvolle Verdichtung vorhandener Baugebiete. Vorrangig ist für uns schon immer (nicht erst seit wenigen Jahren, seit dem grüne Gedanken von anderen Parteien übernommen wurden) die Innenentwicklung der Dörfer und Städte vor der Außenentwicklung.

Leerstand erfassen

Wir möchten die zum Teil schon bestehenden Systeme der Leerstandbörsen/-register auf weitere Dörfer ausweiten und planen eine Bündelung der Angebote der Dörfer und Verbandsgemeinden beim Landkreis.

Besonders die leerstehenden Häuser in den Ortskernen müssen wieder genutzt werden, damit bestehende Infrastruktureinrichtungen weiter genutzt werden und die Eigenart der Dörfer gewahrt bleibt.

Infrastruktur in Dörfern erhalten

Die dezentralen Versorgungsstrukturen in den ländlichen Gebieten sind zu erhalten und bei Bedarf neu zu schaffen. Damit können zum Beispiel im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung der Einkaufsverkehr verringert, die Versorgungsmöglichkeiten vor Ort, insbesondere auch für ältere Menschen verbessert und wieder ein Kommunikationsort geschaffen werden.

Arbeitsplätze vor Ort sichern

Durch die energetische Sanierung alter Bausubstanz und den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien lassen sich im Landkreis Arbeitsplätze bei Handwerksbetrieben sichern.

Menschenwürdige Pflege wohnortnah gestalten

Der demografische Wandel führt in den nächsten Jahren dazu, dass der Anteil der älteren Menschen in den Dörfern und Städten wächst. Ältere Menschen sollen auch bei Pflegebedürftigkeit nach ihren Wünschen zu Hause, vor Ort oder durch wohnortnahe Angebote versorgt und betreut werden. Deshalb wollen wir nicht nur die stationäre Pflegeinfrastruktur weiterentwickeln, sondern auch die häusliche Versorgung Pflegebedürftiger stärken und Familien unterstützende Strukturen ausbauen.

Einrichtungen für Kinder und Jugendliche erhalten

Trotz sinkender Kinderzahlen sollen die bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen und die bestehenden Schulen nach Möglichkeit in den Ortschaften erhalten bleiben. Dies kann z. B. auch durch kleinere Gruppen oder Klassenmessen erreicht werden. Freizeitangebote und außerschulische Bildungsangebote vor Ort von Jugendverbänden, Vereinen und Initiativen für Kinder und Jugendliche werden wir weiterhin unterstützen.

3. Sozial- und Schulpolitik – Der Mensch steht im Mittelpunkt

Psychiatriebeirat

Der Psychiatriebeirat muss unserer Meinung nach weiterhin über die Verteilung vom Land zur Verfügung gestellten Mittel entscheiden. Dabei sind die verschiedenen ambulanten Angebote zu erhalten, auszubauen und an den Bedarf anzupassen. Um Hilfen aus einer Hand zu erhalten, sind die ambulanten Angebote zu vernetzen.

Arbeitslosigkeit verringern

Solange der reguläre Arbeitsmarkt nicht alle Personen aufnehmen kann - und dies wird wohl auf absehbare Zeit so bleiben - sind der Erhalt und der weitere Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung notwendig. Eine aktive kommunale Beschäftigungspolitik ist gerade zur Beschäftigung und Qualifizierung von Menschen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine Chance haben, eine zentrale sozialpolitische Aufgabe. Zur erfolgreichen Bewältigung dieser beschäftigungspolitischen Aufgabe ist ein gut ausgebautes und finanziell unterstütztes Netzwerk von Initiativen, Bildungsträgern und anderen Akteuren der Arbeitsmarktpolitik notwendig, das von Seiten des Kreis mit koordiniert und gesteuert wird. Hierdurch soll auch die Ausgrenzung von Menschen, mit gesundheitlichen, sozialen, familiären oder anderen Einschränkungen verhindert werden.

ARGE erneuern

Wir wollen einen geeigneten Rahmen für die Nachfolgeorganisation der ARGE finden, durch den die Berechtigten menschenwürdig und bedarfsgerecht ihre Ansprüche erhalten. Der Landkreis soll in jedem Fall Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten oder die Aufgaben der ARGE komplett übernehmen. Eine Steuerung der ARGE zur Optimierung der Leistungen in Sinne der Empfangsberechtigten ist unser Ziel.

Ehrenamtspolitik (Freiwilligendienste)

Fast 40 % der Männer und Frauen in Rheinland-Pfalz haben sich laut Freiwilligen-Survey 2004 ehrenamtlich engagiert, 6% mehr als 1999. Wir wissen, dass es noch ein großes Potential von bürgerschaftlichem Engagement in der Gesellschaft - auch in Rheinland-Pfalz und im Kreis Bad Kreuznach - gibt. Es braucht allerdings Anerkennung, Qualifizierung und passgenaue Vermittlung, damit es sich entfalten kann. Bürgerschaftliches Engagement in der Nachbarschaft, im Sportverein, in der Feuerwehr, in kulturellen Aktivitäten und im sozialen Umfeld, um nur einige Bereiche zu nennen, braucht die Unterstützung der Politik. Wir wollen die notwendigen unterstützenden Strukturen dafür schaffen.

Integrationsbeauftragte

Die auf Antrag der Grünen eingerichtete Stelle der Integrationsbeauftragten wird von uns weiterhin für erforderlich gehalten.

Schulpolitik mit Abschluss

Unser Ziel ist es, dass kein Schüler und keine Schülerin die Schule ohne Abschluss verlässt. Wir halten den verstärkten Ausbau von integrierten Gesamtschulen im Landkreis in Ganztagsform für erforderlich und werden uns hierfür weiterhin engagieren. Sie sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Die Realschule-plus in kooperativer Form sehen wir als nicht geeignet an, da sie die bestehenden Zweige Hauptschule und Realschule weiterhin aufrecht erhält.

Prinzipiell müssen alle weiterführenden Schulen als Ganztagschulen ausgebaut werden. Dabei sollen Elemente aus Lernen, Sport, Kultur und freier Zeitgestaltung über den ganzen Tag verteilt sein. Unser Ziel ist es auch, allen Kindern kostenfreie Lernmittel zur Verfügung zu stellen, sowie kostenfreie Mahlzeiten mit gesunder Nahrung anzubieten.

Wir streben an, langfristig das Schulangebot in der Fläche zu erhalten. Die kann z. B. mit geringeren Klassenmessenzahlen und verringerter Zügigkeit erreicht werden.

Für uns muss auch ein IGS nicht zwingend vierzünftig gestaltet sein. In jeder Verbandsgemeinde sollte eine weiterführende Schule erhalten bleiben (außer VG KH). Wir brauchen eine Schulentwicklung, die auf die Bedürfnisse von Familien eingeht, den Elternwillen berücksichtigt und die beste Förderung von Kindern und Jugendlichen zum Ziel hat.

Integrieren statt selektieren!

Wir wollen die optimale individuelle Förderung aller Kinder. Wir wollen eine Schule, die integriert, fördert und somit ein Höchstmaß an Bildungsgerechtigkeit erreicht. Wir wollen auf kommunaler Ebene bestmögliche Voraussetzungen schaffen, damit gemeinsames Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder zur Regel wird. Benachteiligungen von Kindern aus sozial schwachen Verhältnissen, Kindern mit sprachlichen Defiziten und Kindern mit Migrationshintergrund wollen wir beseitigen.

Kinderschutz

Kinderschutz erfordert mehr Personal. Wir setzen uns für eine optimale Personalausstattung des Jugendamtes ein.

Jugendarbeit als außerschulische Bildungsarbeit erhalten und fördern

Die Angebote von Jugendverbänden, Vereinen und Initiativen schaffen Freiräume für Kinder und Jugendliche. Hier können sie ihre Bedürfnisse leben, ihre Interessen vertreten. Mit anderen zusammen lernen sie selbstbestimmt und selbstorganisiert für sich und für die Gemeinschaft verantwortlich und demokratisch zu handeln.

Die Förderung dieser Strukturen ist uns wichtig. Um notwendige Netzwerke in der Jugendarbeit zu erhalten, befürworten wir Personalkostenzuschüsse für Hauptamtliche nicht nur in den offenen Treffs in Bad Sobernheim und Kirn, sondern auch in den übrigen Feldern der Jugendarbeit.

Kindertagesstätten zu Häusern für Kinder ausbauen

Auch im Landkreis wird es in den nächsten Jahren erforderlich sein, die bedarfsgerechte Kinderbetreuung auszubauen. Wir unterstützen weiterhin flexible, örtliche Lösungen, z. B. Kindertagesstätten zu Häusern für Kinder von 0 Jahren bis ins Grundschulalter auszubauen.

Wo es möglich ist, sollen Kooperationen oder die Einrichtung von betrieblichen Kindertagesstätten ermöglicht werden.

Sportförderung wirkt positiv

Der Sport fördert Gesundheit und Wohlbefinden, ermöglicht soziale Kontakte und bietet ein weites Feld für Erlebnisse und Erfahrungen. Sport fördert die Sozialisierung und wirkt präventiv. Diese zentrale Bedeutung des Sports im gesellschaftlichen Leben erfordert unseres Erachtens eine konsequente Berücksichtigung im Rahmen in der Kommunalpolitik, sei es bei Schulsporthallen oder Gebäude und Sportplätze für Vereine

Menschen mit Behinderung

Wir Grünen setzen uns für eine Einbeziehung behinderter Menschen von Anfang an ein und fordern eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebenslagen. In der aktuell von Deutschland ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist der Begriff „Inklusion“ (vollständige Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft) wegweisend auch für die Politik auf kommunaler Ebene. Deshalb setzen wir uns in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen, Freizeit, Kultur und Interessenvertretung für die Inklusion als Umsetzung einer an Menschenrechten orientierten Politik für Menschen mit Behinderungen ein.

Das Persönliche Budget ermöglicht Menschen mit Behinderungen Unterstützungsleistungen zu erhalten und in eigener Verantwortung mit diesen Mitteln ihre soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu stärken. Ein weiterer Ausbau des Persönlichen Budgets, auch für Menschen mit höherem Hilfebedarf, ist unbedingt notwendig.

Eckpunkte der Integrationspolitik

Toleranz und Solidarität sind die Eckpunkte GRÜNER Integrationspolitik. Die Anerkennung von Vielfalt als gesellschaftlicher Gewinn, gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und die Beseitigung von Benachteiligung und Diskriminierung sind dabei zentrale Ziele. Erst die Internationalität, kulturelle Vielfalt und Offenheit für verschiedenste Lebensweisen machen Städte und Dörfer attraktiv.

Ein harmonisches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft, eine gelungene Integration also, ist eine zentrale Herausforderung für unsere Zukunft.

Gleichberechtigte Teilhabe heißt auch, dass Menschen, die aus anderen Ländern in den "sicheren Landkreis" geflüchtet sind, hier die Möglichkeit zur Bildung, Ausbildung und Arbeit erhalten

Haushaltskonsolidierung nicht aus den Augen verlieren

Trotz aller Konjunkturpakete darf die Haushaltskonsolidierung nicht aus dem Blickfeld der Kommunalpolitik geraten. Wir wollen Nachhaltigkeit auch durch Aufgabenkritik anstreben. Dies bedeutet, dass viele Entscheidungen im Hinblick auf Einsparmöglichkeiten auf den Prüfstand müssen. Dabei sind besonders die Folgekosten, aber auch die Klimarelevanz und die Auswirkungen des demografischen Wandels zu berücksichtigen. Synergieeffekte durch Kooperation mit Nachbarkreisen sind im Bereich Beschaffung, Abfallwirtschaft und bei der Zusammenlegung von kommunalen Ämtern zu prüfen und wenn möglich, zur Ausgabenreduzierung zu nutzen.